

Dramatische Finanzlage der Gemeinden

Kommunale Finanzlage in Schleswig-Holstein verschärft sich weiter

Der Schleswig-Holsteinische Gemeindetag sieht in den aktuellen Zahlen von Statistik Nord ein deutliches Warnsignal für die kommunale Handlungsfähigkeit:

Die finanzielle Lage der Kommunen in Schleswig-Holstein bleibt angespannt und hat sich 2025 weiter verschärft. Das zeigen die aktuellen Zahlen von Statistik Nord. Das Finanzierungsdefizit der Kommunen ist auf rund 1,16 Milliarden Euro gestiegen. Damit übersteigen die Auszahlungen bereits im dritten Jahr in Folge die Einnahmen. Für den Schleswig-Holsteinischen Gemeindetag (SHGT) sind die Zahlen ein deutliches Warnsignal: Die Kommunen verlieren zunehmend den finanziellen Spielraum, um ihre Aufgaben zu erfüllen und notwendige Investitionen aus eigener Kraft zu finanzieren.

Drei Entwicklungen sind besonders deutlich:

1. Die Ausgaben steigen schneller als die Einnahmen.

Die kommunalen Auszahlungen stiegen 2025 um 687 Millionen Euro auf rund 15,5 Milliarden Euro. Dem standen Einnahmen von rund 14,3 Milliarden Euro gegenüber. Damit hat sich das Finanzierungsdefizit gegenüber dem Vorjahr um rund 306 Millionen Euro erhöht. Besonders ins Gewicht fallen die Sozialausgaben mit rund 4 Milliarden Euro sowie die Personalausgaben von rund 3,18 Milliarden Euro.

2. Die Investitionsfähigkeit der Kommunen gerät zunehmend unter Druck.

Besonders problematisch ist die Entwicklung bei den Investitionen: Hier stehen Auszahlungen von rund 1,52 Milliarden Euro keinen entsprechenden eigenen Einnahmen gegenüber. Die Überschüsse aus der laufenden Verwaltungstätigkeit reichen damit nicht annähernd aus, um die Investitionstätigkeit zu finanzieren. Nicht gedeckte Auszahlungen müssen zunehmend über neue Kredite oder Entnahmen aus Rücklagen finanziert werden.

3. Die Zahlen bilden die tatsächlichen Defizite systembedingt nicht vollständig ab.

Die derzeitige Statistik betrachtet vor allem die zahlungswirksamen Ein- und Auszahlungen. Abschreibungen, die in der doppelten, kaufmännischen Betrachtung berücksichtigt werden, sind darin noch nicht entsprechend enthalten. Die Umstellung auf die doppelte Finanzstatistik ab 2026 wird daher ein noch umfassenderes Bild der finanziellen Situation der Kommunen liefern.

Deutliches Signal an Bund und Land

„Die Zahlen von Statistik Nord zeigen sehr deutlich: Die Gemeinden stehen finanziell mit dem Rücken zur Wand. Sie wirtschaften vielfach äußerst diszipliniert und schauen genau auf ihre Ausgaben. Trotzdem reichen die laufenden Überschüsse immer weniger aus, um notwendige Investitionen aus eigener Kraft zu finanzieren“, erklärt Dr. Martin Kruse, Landesgeschäftsführer des Schleswig-Holsteinischen Gemeindetages.

Dass die Ämter in der Statistik überwiegend ausgeglichene Ergebnisse aufweisen, ist aus Sicht des SHGT ebenfalls differenziert zu betrachten. Dies hängt wesentlich mit der Umlagefinanzierung durch die amtsangehörigen Gemeinden zusammen. Zugleich haben die Ämter ihre Personalausgaben in den vergangenen Jahren vergleichsweise zurückhaltend entwickelt.

Der SHGT betont, dass viele Gemeinden ihre Haushalte bereits mit großer Disziplin führen. Die strukturellen Finanzierungsprobleme können jedoch nicht allein durch Einsparungen vor Ort gelöst werden. Die Gemeinden stehen zunehmend vor der Frage, wie sie ihre Pflichtaufgaben erfüllen und gleichzeitig in Schulen, Straßen, Feuerwehr, Digitalisierung und andere notwendige Infrastruktur investieren sollen.

Bereits beim bundesweiten Aktionstag „Kommunen am Limit“ am 22. Juni 2026 hatten die kommunalen Spitzenverbände auf die dramatische Finanzlage der Städte, Gemeinden und Kreise aufmerksam gemacht. Die Zahlen von Statistik Nord unterstreichen aus Sicht des Gemeindetages die Forderungen, die die kommunalen Spitzenverbände bei dem Aktionstag gemeinsam formuliert haben. Dazu gehören der vollständige und nachhaltige Ausgleich des kommunalen Finanzierungsdefizits, die konsequente Umsetzung des Konnexitätsprinzips – „Wer bestellt, bezahlt“, sowie die vollständige Finanzierung neuer Aufgaben durch Bund und Länder.

Darüber hinaus fordert die kommunale Familie mehr kommunale Handlungsspielräume, Entbürokratisierung und Digitalisierung sowie eine umfassende Aufgabenkritik und Neuordnung der Ausgabenverteilung.

Kommunale Handlungsfähigkeit dauerhaft sichern

Die aktuellen Zahlen sind aus Sicht des Gemeindetages ein deutliches Signal an Bund und Land. Wenn laufende Überschüsse nicht mehr ausreichen, um notwendige Investitionen zu finanzieren, werden Rücklagen aufgebraucht und zusätzliche Schulden notwendig. Damit wird der finanzielle Handlungsspielraum für die Zukunft weiter eingeschränkt.

Der Schleswig-Holsteinische Gemeindetag fordert daher eine dauerhafte Verbesserung der kommunalen Finanzausstattung und eine Entlastung der Kommunen von zusätzlichen finanziellen Belastungen.

„Wer handlungsfähige Kommunen will, muss ihnen auch die finanziellen Möglichkeiten dafür geben. Die Gemeinden können nicht dauerhaft mehr Aufgaben und steigende Kosten übernehmen, während ihre Spielräume für Investitionen immer kleiner werden“, sagt Dr. Martin Kruse.